eu | panorama
Wirtschaftskammer Österreich | EU-Büro Brüssel

18|06|2012

Thema der Woche

Wirtschaftskammer begrüßt Einigung auf neue EU-Energieeffizienz-Richtlinie

In Kürze

CARS 21 für Aufschwung der Automobilindustrie
Kommission will europäische Bauwirtschaft mehr unterstützen
Jährliche Inflationsrate im Euroraum bzw. in der EU auf 2,4 bzw. 2,6 Prozent gesunken
Sonderbericht zur Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein

Neues aus der Kommission

Partnerschaft für neues Wachstum im Dienstleistungssektor - Kommission greift zentrale WKÖ-Anliegen auf
Kommission fordert verbesserte Binnenmarkt-Governance
EU und Grönland kooperieren im Rohstoffbereich

Neues aus dem Rat

Minister setzen sich für gut befahrbare Donau ein

Neues aus dem Europäischen Parlament

EU-Parlament verabschiedet „Two Pack“ für mehr Stabilität

Neues aus anderen Bereichen

EU-Ausschreibungen bieten große Geschäftschancen in ländlicher Entwicklung
Duales Ausbildungssystem steht groß auf europäischer Agenda

WKO
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH
EU-BÜRO BRÜSSEL

Neues aus den Verbänden

Eurochambres fordert mehr Geld für Berufsbildung

Inside Brussels

EU-Wirtschaftsclub mit Irmfried Schwimann: Gesunde Banken bedeuten gesunde Märkte

Jobs+Jobs+Jobs

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich in Brüssel
EMSA -Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs
EIGE - Europäisches Institut für Gleichstellung
ERA - Europäische Eisenbahnagentur

EU-Agenda

EU-Kommission: 2007. Sitzung am 20. Juni 2012
EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche
EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche
EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenbergh 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
Sandra.Bolzer@eu.austria.be oder eu@eu.austria.be

Wirtschaftskammer begrüßt Einigung auf neue EU-Energieeffizienz-Richtlinie

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) begrüßt die diese Woche zwischen Rat, Parlament und Kommission der EU erzielte Einigung auf eine neue **Energieeffizienzrichtlinie**. „Der erarbeitete Kompromiss lässt den Mitgliedstaaten und der Wirtschaft mehr Freiräume bei der Auswahl und Kombination der zielführendsten Maßnahmen. Für Österreich steht nun der Rahmen fest, innerhalb dessen das geplante Bundes-Energieeffizienzgesetz gestaltet werden kann“, so WKÖ-Generalsekretärin Anna Maria Hochhauser in einer **Aussendung**.

Laut Einigung müssen Energieversorger ab 2014 sicherstellen, dass pro Jahr 1,5 Prozent des jährlichen Energieabsatzes bei den Endkunden eingespart werden. Maßnahmen, die seit Ende 2008 getroffen wurden (Early Actions) können zu einem Viertel bei den Sparbemühungen berücksichtigt werden. Eine andere Maßnahme sieht vor, dass die Mitgliedstaaten jährlich drei Prozent des öffentlichen Gebäudebestands auf Bundesebene thermisch sanieren müssen.

Das vorgelegte Konsenspapier berücksichtigt wesentliche Vorschläge der Wirtschaft. Vor allem bei der umstrittenen Inpflichtnahme der Energielieferanten verfügen die Mitgliedstaaten nun über größere Spielräume, was die Kosteneffizienz erhöht. Dass die von der Kommission vorgeschlagene Quote der thermischen Sanierung bei 3 Prozent belassen wurde, wertet die Wirtschaft ebenfalls als Erfolg. Ein bitterer Wermutstropfen ist, dass Länder und Gemeinden von der Verpflichtung zu Sanierungen befreit wurden. Hochhauser zeigt sich zuversichtlich, dass Länder und Gemeinden hierzulande auch ohne Verpflichtung der EU ihre Sanierungsbemühungen in gleicher Intensität wie der Bund betreiben werden, zumal ohne den vollständigen Beitrag des Gebäudesektors die österreichischen Klimaschutzziele verfehlt würden.

Besonders zu begrüßen ist, dass die Energieeffizienzrichtlinie nicht in das EU-Emissionshandelssystem eingreifen wird. Der Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches Instrument und muss es auch bleiben. Preise sollen sich im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage auf dem freien Markt ergeben. Ein willkürlicher Eingriff in den Emissionshandel, um den CO_2-Preis zu erhöhen, wäre eine Verletzung der Rechts- und Planungssicherheit der bis 2020 fixierten Spielregeln.

Bei der Energieeffizienzrichtlinie handelt es sich um eine Zusammenlegung und Erneuerung der **Energiedienstleistungsrichtlinie** aus 2006 und der **Kraft-Wärme-Kopplungsrichtlinie** aus 2004. Mit dieser Richtlinie will die Europäische Union vor allem ihre Energieeffizienzziele (Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent bis 2020) erreichen. Nachdem die dänische Ratspräsidentschaft im informellen Trilog eine Einigung erzielen konnte, geht der endgültige Text zurück ins Europäische Parlament, wo er zunächst vom federführenden ITRE-Ausschuss und danach vom Plenum beschlossen wird. Anschließend folgt noch die formelle Annahme durch den Rat. Inkrafttreten soll die Richtlinie Anfang 2013.

Die österreichische Wirtschaft stand einer wirtschaftlich sinnvollen Optimierung ihres Energieeinsatzes immer schon positiv gegenüber. Österreich zählt zu den EU-Vorreitern auf diesem Gebiet. Hochhauser: „Weniger Energieverbrauch bedeutet weniger Energiekosten. Dies trägt zur Standortsicherung bei, vorausgesetzt, die Maßnahmen stehen in einem sinnvollen Kosten-Nutzen-Verhältnis. In den letzten Jahren ist bereits die Stabilisierung des Energieverbrauchs ebenso wie die sogenannte Entkoppelung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum gelungen. Diesen Beitrag wird die Wirtschaft auch künftig im Einklang mit den Anforderungen des neuen Rechtsaktes leisten“.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

In Kürze

CARS 21 für Aufschwung der Automobilindustrie

Die Automobilindustrie ist mit über 12 Millionen Beschäftigten einer der wichtigsten Industriezweige der Europäischen Union. Die Gruppe CARS 21 legte kürzlich ihren **Abschlussbericht** vor, der den Aufschwung der Automobilindustrie unterstützen soll. Gefordert werden raschere Fortschritte z.B. im Bereich der alternativen Kraftstoffe oder hinsichtlich der Verringerung von CO_2-Emissionen. Auch **konkrete Maßnahmen in relevanten Bereichen wie Elektromobilität, Sicherheit im Straßenverkehr und intelligente Verkehrssysteme** sind vorgesehen. Der Bericht legt Ziele für die Automobilindustrie bis zum Jahr 2020 fest und soll insgesamt deren wirtschaftliche Stärke und Wettbewerbsfähigkeit fördern. Dies beinhaltet auch die **Internationalisierung der europäischen Industrie**.

Kommission will europäische Bauwirtschaft mehr unterstützen

Der Bausektor ist einer der wichtigsten Bereiche der europäischen Wirtschaft. Er macht 6,3 Prozent des BIP aus und bietet 20 Millionen Beschäftigten einen Arbeitsplatz, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Besonders **Niedrigenergiegebäude**, die zur Reduktion des CO_2-Ausstoßes beitragen, bergen ein **großes Potential**. Auch aus diesem Grund **will sich die Kommission stärker auf die Bauwirtschaft konzentrieren**. Nach dem Sommer soll eine Strategie präsentiert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche zu fördern. In diesem Zusammenhang will die Europäische Kommission eine „**High Level Group" einrichten**, zusammengesetzt aus Vertretern der Mitgliedstaaten und Repräsentanten des Bausektors, die mit der Umsetzung dieser Strategie beauftragt werden sollen.

Jährliche Inflationsrate im Euroraum bzw. in der EU auf 2,4 bzw. 2,6 Prozent gesunken

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Mai 2012 laut **Eurostat** bei 2,4 Prozent. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,7 Prozent betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug -0,1 Prozent. Die jährliche Inflationsrate der EU lag im Mai 2012 bei 2,6 Prozent, ein Jahr zuvor waren es 3,2 Prozent. Der monatliche Wert lag bei 0 Prozent. Im Mai 2012 wurden die niedrigsten jährlichen Raten in Griechenland und Schweden (je 0,9%) und Bulgarien (1,8%) gemessen; die höchsten in Ungarn (5,4%), Estland (4,1%), Zypern und Malta (je 3,7%). Die niedrigsten Durchschnittswerte über zwölf Monate bis einschließlich Mai 2012 verzeichneten Schweden (1,1%), Irland (1,5%) und Griechenland (2,1%), während die höchsten Werte in Estland (4,7%), Ungarn (4,5%) und der Slowakei (4,1%) gemessen wurden.

Sonderbericht zur Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein

Die Europäische Union ist mit einem Anteil von rund 60 Prozent an der Weltproduktion der größte Weinerzeuger der Welt. Im aktuellen **Sonderbericht** bewertet der Europäische Rechnungshof (EuRH) im Zuge seiner Wirtschaftlichkeitsprüfung die **bisher erzielten Fortschritte der im Jahr 2008 durchgeführten Reform der gemeinsamen Marktorganisation (GMO) für Wein**. **Im Mittelpunkt der Prüfung standen die beiden größten Ausgabenbereiche: die Rodungsprämie sowie die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen**. In den vergangenen 20 Jahren ist ein Rückgang des Weinkonsums in der EU zu verzeichnen. Zudem stiegen die EU-Einfuhren stärker als die EU-Ausfuhren. Der Hof vertritt die Auffassung, dass die Beihilfesätze der Rodungsregelung auf zu hohem Niveau festgelegt wurden und eine höhere Wirtschaftlichkeit möglich wäre. Die Maßnahme zur Unterstützung der Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen, deren Ziel u.a. darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der Weinerzeuger durch die Zahlung einer Entschädigung für Einkommenseinbußen während der Anpassung des Weinbaubetriebs zu verbessern, habe für große Teile der europäischen Weinanbaugebiete positive Auswirkungen gezeigt.

Inhaltsverzeichnis

Partnerschaft für neues Wachstum im Dienstleistungssektor - Kommission greift zentrale WKÖ-Anliegen auf

Rund ein halbes Jahr verspätet, dafür umso umfangreicher hat die Europäische Kommission ihren Umsetzungsbericht zur Dienstleistungsrichtlinie präsentiert. Die **Mitteilung** der Europäischen Kommission **„Eine Partnerschaft für neues Wachstum im Dienstleistungssektor 2012-2015“** macht deutlich, dass die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie verbessert werden muss, um das Wachstum in Europa zu fördern. Daher fordert die Kommission die Mitgliedstaaten zur Abschaffung der in einer Reihe von EU-Ländern nach wie vor **bestehenden diskriminierenden Vorschriften** auf. Wie von der Wirtschaftskammer Österreich gefordert, kündigt die Europäische Kommission bei Verstößen gegen die Dienstleistungsrichtlinie ein entschiedenes Vorgehen mittels **Vertragsverletzungsverfahren** an. Ferner plant die Europäische Kommission mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um die wirtschaftlichen Vorteile der Dienstleistungsrichtlinie zu maximieren. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf Schlüsselbereiche wie unternehmensbezogene Dienstleistungen, das Baugewerbe, Tourismus und Einzelhandel gelegt werden.

Die Dienstleistungsrichtlinie wurde im Dezember 2006 verabschiedet und mittlerweile in allen EU-Staaten umgesetzt. Sie markiert einen Meilenstein im Hinblick auf die Beseitigung von Hindernissen für den Handel mit Dienstleistungen, wodurch die Niederlassung von Unternehmen in anderen Ländern und die grenzüberschreitende Erbringung von Leistungen erleichtert werden. Gemäß der Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten die Verwaltungsverfahren für Unternehmen vereinfachen und Vorschriften, die den lauteren Wettbewerb im Binnenmarkt beeinträchtigen, abschaffen. Ein zentrales Element der Richtlinie bilden die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden „Einheitlichen Ansprechpartner“, die Unternehmen relevante Informationen zur Verfügung stellen und die Verfahrensabwicklung bei einer einzigen Stelle ermöglichen sollen. Wie von der Wirtschaftskammer Österreich wiederholt aufgezeigt, muss der praktische Mehrwert dieser Einheitlichen Ansprechpartner für Unternehmen noch gesteigert werden. Zentrale WKÖ-Anliegen in diesem Zusammenhang – ein an Unternehmensrealitäten orientiertes Unterstützungsangebot, Mehrsprachigkeit und Benutzerfreundlichkeit - sollen laut Europäischer Kommission bis 2014 realisiert werden.

Die Mitteilung wird durch **drei Arbeitsunterlagen** der Kommissionsdienststellen ergänzt:

- Den **Bericht über die Umsetzung** der Dienstleistungsrichtlinie
- **Die Ergebnisse des Kohärenztests**, der aufzeigt wie verschiedene EU-Rechtsvorschriften im Alltag auf Unternehmen Anwendung finden
- Die Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen im Hinblick auf die Festlegung von **Leitlinien für die Anwendung des Verbotes, Dienstleistungsempfänger zu diskriminieren**

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis

Kommission fordert verbesserte Binnenmarkt-Governance

Der EU-Binnenmarkt soll entscheidend zum Wachstum in den EU-Mitgliedstaaten beitragen. Dies kann nur gelingen, wenn sein Potenzial vollständig ausgeschöpft wird. **In der Praxis zeigt sich jedoch häufig, dass die EU-Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten unzureichend umgesetzt und vollzogen wird – insbesondere zum**

Nachteil von grenzüberschreitend tätigen Unternehmen. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission kürzlich **Maßnahmen** für einen praxisorientierteren und besser funktionierenden Binnenmarkt vorgeschlagen.

Die Kommission möchte die **Anstrengungen auf die Sektoren mit dem größten Wachstumspotenzial konzentrieren**. Dies sind der **Dienstleistungssektor** (45 % des BIP der EU) und die **netzgebundenen Wirtschaftszweige**. Zufriedenstellende Governance (Summe der institutionellen Mechanismen, Regeln und Praktiken zur Entwicklung, Implementierung, Anwendung und Durchsetzung des Binnenmarkt-Rechtsrahmens) vermisst die Kommission etwa bei Vertragsverletzungsverfahren, die im Schnitt 25,5 Monate dauern. Das Ziel sind hier maximal 18 Monate. Die Mitgliedstaaten müssten den Urteilen des Gerichtshofs binnen 12 Monaten nachkommen. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auch auf, sich in den **wirtschaftsstarken Sektoren in Fällen von verspäteter und nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der Richtlinien zu Null-Toleranz zu verpflichten**. Ferner empfiehlt sie, IT-Instrumente besser zur Information von Bürgern und Unternehmen zu nutzen. Stärkere Problemlösungs-Instrumente würden ebenfalls zu einem effizienteren Binnenmarkt beitragen. Eigens eingerichtete **Binnenmarktzentren** sollten überwachen, wie sich die **Binnenmarktvorschriften in der Praxis gestalten**.

Die Europäische Kommission möchte die Entwicklung zukünftig mit einem Jahresbericht überwachen, der erstmals 2013 erscheinen wird. Darin sollen sowohl die aktuelle Situation des Binnenmarkts als auch die Herausforderungen auf nationaler sowie EU-Ebene analysiert werden.

Ansprechpartnerin: **Ulrike Klein**

Inhaltsverzeichnis

EU und Grönland kooperieren im Rohstoffbereich

Die europäische Industrie hängt stark von **wichtigen Rohstoffeinfuhren** ab, die wesentliche **Grundstoffe für die Erzeugung vieler Verbrauchsgüter** darstellen und gleichzeitig unabdingbar für hochtechnische Anwendungen sind, unter anderem in der nachhaltigen Energieerzeugung. Die Europäische Kommission möchte die Beziehungen mit Grönland intensivieren, um den besseren Zugang zu erschwinglichen Rohstoffen für die europäische Industrie sicherzustellen. Diese Woche wurde eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit durch Grönlands Premierminister und die Europäische Kommission unterzeichnet.

Grönland steht mit seinem Sonderstatus als Überseegebiet nicht nur in einer speziellen Beziehung zur EU, sondern verfügt auch über **gewaltige Rohstoffquellen**. Besonders die Gewinnung und Verarbeitung von Rohöl und Erzen (Eisen, Zink, Niob, Tantal, Seltenerdmetalle, Rubin und Molybdän) machen Grönland langfristig zu einem wichtigen strategischen Partner. Auf Grönland dürften sich **erhebliche Mengen der von der Europäischen Kommission in ihrer Rohstoffstrategie ermittelten 14 kritischen Rohstoffe** finden lassen. Auch wird erwartet, dass es ein **großes Potenzial für Lagerstätten von Seltenerdmetallen** aufweist und sich der grönländische Anteil an Seltenerdvorkommen in den kommenden Jahren auf 9,16 Prozent der weltweiten Vorkommen verdreifachen wird.

Derzeit kommen rund 58 Prozent der in Grönland tätigen Explorationsunternehmen aus Kanada oder Australien, auf EU-Unternehmen entfallen nur 15 Prozent. Obwohl europäische Unternehmen Inhaber von drei der vier Schürfrechte sind, sind sie kaum an laufenden Erkundungsmaßnahmen beteiligt und erhalten lediglich einige Erkundungslizenzen.

Ansprechpartnerin: **Karoline Entacher**

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Rat

Minister setzen sich für gut befahrbare Donau ein

Die Verkehrsminister aller Donau-Anliegerstaaten (mit Ausnahme Ungarns) unterzeichneten bei ihrem Treffen in Luxemburg eine Deklaration zur effektiven Instandhaltung der Donau als Wasserstraße. Die Erklärung bekräftigt bereits bestehende Verpflichtungen die **Fahrrinne in gutem Zustand zu erhalten** und sieht **Maßnahmen im Fall von Problemen wie Niedrigwasser oder Eisgang** vor. Die Minister vereinbarten eine weitere Zusammenkunft und die **Koordinierung von Maßnahmen über die Strukturen der Donaustrategie** und den im Rahmen der transeuropäischen Verkehrsnetze für Binnenwasserstraßen zuständigen Koordinator.

Ziel ist, künftig den Zusammenbruch des Schiffsverkehrs auf der Donau zu verhindern: Im Herbst 2011 kam die Schifffahrt auf der Donau vollständig zum Erliegen, weil die Pegelstände an der unteren Donau über 38 Tage lang zu niedrig waren. Abgesehen von den Verlusten der Schifffahrtsunternehmen beschädigten diese Ausfälle das Vertrauen in die Donauschifffahrt als verlässlichen und kosteneffizienten Verkehrsträger.

Die Binnenschifffahrt ist ein energieeffizienter und umweltfreundlicher Verkehrsträger. Die **Donauraum-strategie** ist darauf ausgerichtet, das Potenzial der Donauschifffahrt voll auszuschöpfen, indem Hindernisse für die Schiffbarkeit beseitigt werden, und das Verkehrsvolumen auf der Donau bis 2020 um 20 Prozent zu steigern. Die Donau ist außerdem integraler Bestandteil der **transeuropäischen Verkehrsnetze**.

Ansprechpartnerin: **Karoline Entacher**

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Europäischen Parlament

EU-Parlament verabschiedet „Two Pack“ für mehr Stabilität

Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben bei ihrer Plenartagung in Straßburg das sogenannte **„Two Pack”** verabschiedet **Six Pack“** (sechs Gesetze zur stärkeren Kontrolle der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten) folgen damit zwei weitere Gesetze, die für mehr Stabilität und eine effizientere Haushaltsplanung sorgen sollen. Die nächsten Legislativvorschläge zur Wirtschaftssteuerung in der EU müssen verstärkt auf Wachstum ausgerichtet sein, fordern die Abgeordneten. Die länderspezifischen Haushaltsempfehlungen der Europäischen Kommission müssten daher umfassender sein, um zu gewährleisten, dass **Haushaltskürzungen nicht auf Kosten wachstumsfördernder Investitionen** gehen.

Die **wichtigsten Abänderungen** des Kommissionsvorschlags betreffen das **neue Kapitel über Staatsschuldtitel, eine teilweise Mutualisierung der Schulden der Euro-Zone sowie den rechtlichen Schutz für Länder, die dem Risiko einer Zahlungseinstellung ausgesetzt** sind. Ein **Schuldentilgungsfonds** sollte die Schulden aller Länder der Eurozone jenseits des Grenzwerts von 60 Prozent ihres BIP umfassen. Diese Schulden belaufen sich derzeit auf rund 2,3 Milliarden Euro, die zu einem geringeren Zinssatz über einen Zeitraum von 25 Jahren zurückzuzahlen wären. Die Europäische Kommission sollte einen Monat nach Inkrafttreten der Gesetzgebung laut Vorschlag einen **Fahrplan zur Einführung von Eurobonds** vorlegen. Der Text unterstreicht auch die

Rechte der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft, zu den Empfehlungen der Kommission Stellung zu nehmen und bei der Ausformulierung der politischen Maßnahmen stärker einbezogen zu werden.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

EU-Ausschreibungen bieten große Geschäftschancen in ländlicher Entwicklung

Die Kontrolle und Ausrottung von Tierkrankheiten im Kosovo, die Beschaffung und Lieferung von Düngemitteln und sonstiger Ausrüstung für die landwirtschaftliche Verarbeitung in Malawi und Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Fischereibewirtschaftung im Jemen sind nur **einige Beispiele für erfolgreiche Ausschreibungen im Rahmen der EU-Außenhilfsprogramme**.

Um den **Unternehmen ihre Geschäftschancen in EU-Drittstaaten** bewusst zu machen, fand am **13. Juni 2012** in Brüssel wieder ein **Sektorseminar** statt, das vom **EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich gemeinsam mit 19 Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten** organisiert wurde. Insgesamt **110 Unternehmen** nahmen daran teil. Am Vormittag informierten **Vertreter der Europäischen Kommission über Möglichkeiten im Rahmen der verschiedenen EU-Außenhilfsprogramme**, beispielsweise über Projekte im Westbalkan oder in Entwicklungsländern. Unternehmen, die noch nicht in diesem Bereich tätig sind, konnten sich zu **Beginn des Seminars in einem Einführungsworkshop über die Ausschreibungsverfahren** informieren.

Die Ständigen Vertretungen von 20 EU-Mitgliedstaaten organisieren - teilweise über ihre Wirtschafts- und Handelskammern oder Exportagenturen - seit 1998 zweimal pro Jahr die sogenannten „Sektorseminare". Seit 1998 haben bereits über 270 österreichische Firmen teilgenommen. Ziel der Veranstaltung ist, Unternehmen aus erster Hand über Projekte in den Bereichen Capacity Building, Verkehr, Umwelt, Energie etc. zu informieren, die über die Außenhilfsprogramme der EU ausgeschrieben werden. Weiters wird den Unternehmen eine „Kontaktbörse" zum Kennenlernen von Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten geboten. Details unter: **www.sectorseminars.eu**.

„Die Seminare bieten Unternehmen, insbesondere Konsulenten, die Möglichkeit, mit potenziellen Kooperationspartnern aus der Europäischen Union Kontakte zu knüpfen und somit den Grundstein für eine spätere Zusammenarbeit bei einer Ausschreibung zu legen", sagt die Leiterin des EU-Büros der Wirtschaftskammer Österreich, Barbara Schennach. Dazu fand am **Nachmittag eine Firmenbörse** statt, bei der die Unternehmer **grenzübergreifend networken** konnten.

Ansprechpartnerin: **Melina Schneider**

Inhaltsverzeichnis

Duales Ausbildungssystem steht groß auf europäischer Agenda

Am 7. und 8. Juni 2012 fand **in Brüssel** zum **ersten Mal das „European Business Forum on Vocational Training“** statt. Mehr als **300 Unternehmer, Bildungsanbieter und Vertreter von Universitäten diskutierten mit den Vertretern der europäischen Institutionen** die **verschiedenen Berufsausbildungssysteme in Europa**, mit besonderem Augenmerk auf **das hoch entwickelte duale Ausbildungssystem in den Ländern Österreich, Deutschland und der Schweiz**. Diese Staaten haben in Zeiten der Wirtschaftskrise **mit unter 10 Prozent die niedrigste Jugendarbeitslosenquote**, wobei der EU-Durchschnitt bei 22,5 Prozent liegt.

Die duale Lehrlingsausbildung trägt in einem sehr großen Ausmaß dazu bei, dass Österreich über **eine große Anzahl an hervorragenden und praxisnah qualifizierten Fachkräften** verfügt. Der Lehrabschluss ist nach wie vor die häufigste Basis für Unternehmertum und führende Positionen. 39 Prozent aller Leitungspositionen in der Wirtschaft sind mit Lehrabsolventen besetzt. Durch die **europaweite Stärkung der beruflichen Bildung kann die Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen** enorm verbessert werden.

In mehreren Workshops wurden die **Rolle der Unternehmen, die Frage der Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung und die Frage der lebenslangen Weiterbildung** diskutiert. **Zwei österreichische Unternehmen** waren in den jeweiligen Panels vertreten und konnten die **Perspektive des Unternehmens als Bildungsanbieter im Detail** erläutern. Der Großteil der Kosten für die Ausbildung des Lehrlings wird vom Unternehmen selbst getragen. Im Gegenzug bleiben die ausgebildeten Lehrlinge oft sehr lange dem jeweiligen Unternehmen treu. Das **European Business Forum on Vocational Training** soll ab sofort mindestens alle **zwei Jahre in Brüssel** stattfinden.

Ansprechpartnerin: **Melina Schneider**

Inhaltsverzeichnis

Eurochambres fordert mehr Geld für Berufsbildung

Am 6. Juni 2012 veranstaltete Eurochambres eine **Diskussion im Europäischen Parlament zu dem zukünftigen europäischen Bildungsprogramm „Erasmus für alle“.** Die **Hauptverhandler -** der **Rat** (die dänische Vorsitzende Mette Mork Andersen) und **das Europäische Parlament** (Berichterstatterin MEP Doris Pack) sowie der Generaldirektorstellvertreter der **Generaldirektion Bildung** Xavier Prats Monné, der Generaldirektor von **Eurochambres** Arnaldo Abruzzini sowie ein **österreichischer Unternehmer, Ulrich Fuchs von der Firma EGOS!,** diskutierten **den zukünftigen Stellenwert der dualen Berufsausbildung in diesem europäischen Förder-programm**.

Gerade in der aktuellen Situation, in der die EU-Mitgliedstaaten die Bedeutung der Berufsbildung zur Erleichterung des Übergangs von Bildung in Berufstätigkeit und damit zur Senkung der in vielen Staaten bedenklich hohen Jugendarbeitslosigkeit erkennen, **muss die Berufsbildung in der Programmstruktur eindeutig erkennbar** und **klar positioniert sein. Eurochambres fordert daher** eine **klare Budgetzuweisung** für den Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung in dem vorgeschlagenen Bildungsprogramm „Erasmus für alle".

Ansprechpartnerin: **Melina Schneider**

Inhaltsverzeichnis

EU-Wirtschaftsclub mit Irmfried Schwimann: Gesunde Banken bedeuten gesunde Märkte

„Die Europäische Kommission hat versucht, die Regeln der staatlichen Beihilfenkontrolle auch über die Krise zu retten", erklärte **Irmfried Schwimann, Direktorin für Märkte und Finanzdienstleistungen in der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission**, beim EU-Wirtschaftsclub Brüssel am 14. Juni 2012 in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise 2008 lockerte die EU-Kommission die Regeln für finanzielle Zuschüsse an Banken: „Wir unterstützen die **Finanzmarktstabilität**. Gesunde Banken bedeuten gesunde Märkte. Wir haben versucht, bei der Adaption der Regeln auf den **Binnenmarkt Rücksicht** zu nehmen."

Nach der Rettung müssen die betroffenen Banken auch einen „**Restrukturierungsplan**“ erarbeiten: „**Wir gehen sehr in die Tiefe und ‚stressen‘ auch das Geschäftsmodell mit Schön- und Schlechtwetter-szenarien**“, so die Expertin. Besonders wichtig sei das „**Burden Sharing**“: „Die **Steuerzahler** dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Die **Shareholder** müssen auch ihren **Beitrag** leisten.“ Nun stehen die Banken u.a. in **Spanien** wieder unter massivem Druck: „Auch hier wird es Konditionen geben“, betont Schwimann.

Der EU-Wirtschaftsclub Brüssel versteht sich als Wirtschaftsplattform von Österreichern für Österreicher in Brüssel. Die Treffen finden ein Mal monatlich in Form gemeinsamer Frühstücke jeweils donnerstags statt. Der Teilnehmerkreis setzt sich aus Mitarbeitern der Ständigen Vertretung Österreichs, der wirtschaftlichen Interessenvertretungen sowie aus österreichischen Beamten und Experten der EU-Institutionen zusammen.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich in Brüssel

Sie suchen eine neue Herausforderung in einem jungen und motivierten Team und können ehestmöglich beginnen? Das EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich in Brüssel ist auf der Suche nach

einer Assistentin / einem Assistenten (Vollzeit).

Der Aufgabenbereich erstreckt sich von allgemeinen Sekretariatsaufgaben über die Organisation von Veranstaltungen und Besuchsprogrammen bis hin zu Dokumenten- und Datenmanagement, Aussendung unserer Newsletter, Terminkoordination, Reise- und Hotelorganisation. Die Tätigkeit erfordert Selbständigkeit und Eigeninitiative, Organisationstalent und Genauigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Kundenorientierung, hohe Belastbarkeit, Flexibilität und sehr gute Umgangsformen.

Wenn Sie eine höhere kaufmännische Schule (HAK, HBLA etc.) mit Matura abgeschlossen haben, über ausgezeichnete Deutschkenntnisse sowie über gute Englisch- und Französischkenntnisse in Wort und Schrift verfügen, sehr gute PC-Anwenderkenntnisse (MS-Office, Datenmanagement) und Interesse an europäischen Themen haben, bewerben Sie sich bei uns. Berufserfahrung ist von Vorteil.

Schriftliche Bewerbungen bitte bis 30. Juni 2012 an das
EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel
E-Mail: **eu@eu.austria.be**

Diese Informationen sind auch auf der Homepage der **Wirtschaftskammer Österreich** abrufbar.

EMSA -Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs

Die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) mit Sitz in Lissabon hat folgende Stellenausschreibungen bekannt gegeben: SENIOR PROJECT OFFICER FOR POLLUTION RESPONSE TO OFFSHORE INSTALLATIONS w/m, PROJECT OFFICER FOR MARINE ACCIDENT INVESTIGATION w/m und PROJECT OFFICER FOR TRAINING AND COOPERATION w/m. Die Bewerbungsfrist läuft für die ersten beiden Stellen bis 25. Juni und für die dritte bis 6. Juli 2012. Weitere Informationen können Sie **online** abrufen.

EIGE - Europäisches Institut für Gleichstellung

Das Europäische Institut für Gleichstellung (EIGE) mit Sitz in Vilnius ist auf der Suche nach einem HEAD OF OPERATIONS, w/m, AD10. Die Bewerbungsfrist läuft bis 16. Juli 2012. Nähere Infos können Sie **online** abrufen.

ERA - Europäische Eisenbahnagentur

Die Europäische Eisenbahnagentur (ERA) mit Sitz in Valenciennes hat die Reserveliste für einen POST OF PROJECT OFFICER IN THE FIELD OF INTEROPERABILITY, AD8, w/m veröffentlicht. Die Bewerbungsfrist endet am 25. Juni 2012. Informieren Sie sich **online**.

Inhaltsverzeichnis

Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2007. Sitzung am 20. Juni 2012

Regionalpolitik

- Mitteilung: Extreme Randgebiete der Union - Eine Partnerschaft für intelligentes und nachhaltiges Wachstum

Inhaltsverzeichnis

18./19. Juni:	**Ausschuss für Wirtschaft und Währung**
	Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen
	Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der EMIR-Verordnung über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister
	Märkte für Finanzinstrumente und Aufhebung der Richtlinie 2004/39/EG (Neufassung)
	Insider-Geschäfte und Marktmanipulation (Marktmissbrauch)
	Strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation
	Meinungsaustausch mit Joaquín Almunia, für Wettbewerbsfragen zuständiges Mitglied der Kommission
	Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 über Ratingagenturen
	Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) und der Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds im Hinblick auf den übermäßigen Rückgriff auf Ratings
	Änderung der Richtlinie 2004/109/EG zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, sowie der Richtlinie 2007/14/EG der Kommission
18./19. Juni:	**Entwicklungsausschuss**
	Einrichtung des Europäischen Nachbarschaftsinstruments
	Agenda für den Wandel: die Zukunft der EU-Entwicklungspolitik
18./19. Juni:	**Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten**
	Sonderbericht Nr. 14/2011 (Entlastung 2011) – „Hat die EU-Hilfe die Fähigkeit Kroatiens verbessert, nach dem Beitritt gewährte Fördermittel zu verwalten?“
18./19. Juni:	**Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie**
	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014–2020)
	Spezifisches Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014–2020)
	Änderung der Verordnung (EG) Nr. 294/2008 zur Errichtung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts

Strategische Innovationsagenda des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT): der Beitrag des EIT zu einem innovativeren Europa

Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2014–2018) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“

Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (2014–2020)

System für den Austausch von Informationen zu zwischenstaatlichen Vereinbarungen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich

Innovative Finanzinstrumente im Zusammenhang mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Möglichkeiten

Besuch von Máire Geoghegan-Quinn, für Forschung, Innovation und Wissenschaft zuständiges Kommissionsmitglied, zur Vorstellung des ERA-Rahmens

18./19. Juni:	**Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr**

Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen

Rechte der Benutzer aller Verkehrsträger

Gemeinsame Regeln für die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen in der Europäischen Union (Neufassung)

Bodenabfertigungsdienste auf Flughäfen der Union und Aufhebung der Richtlinie 96/67/EG

Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Union im Rahmen eines ausgewogenen Ansatzes

19. Juni:	**Ausschuss für Kultur und Bildung**

Aussprache mit Androulla Vassiliou, für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend zuständiges Mitglied der Kommission

20. Juni:	**Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit**

Einspruch gemäß Artikel 88 Absatz 2 GO: REACH – Verbot der Verwendung von Blei und Bleiverbindungen in Schmuckartikeln und Haarschmuck

Programm „Gesundheit für Wachstum“, das dritte mehrjährige EU-Aktionsprogramm im Bereich der Gesundheit, für den Zeitraum 2014–2020

Umweltauswirkungen von Tätigkeiten zur Gewinnung von Schiefergas und Schieferöl

20. Juni:	**Ausschuss für internationalen Handel**

Änderung der Verordnung (EC) 428/2009 zur Erstellung eines Gemeinschaftsregimes zur Kontrolle von Exporten, Transfers, Handel und Transit von Gegenständen mit doppeltem Verwendungszweck

Ausweitung der Vorschriften des EG-Usbekistan Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zu bilateralen Handel mit Textilien

Präsentation der Erfolge der Dänischen Ratspräsidentschaft durch die dänische Ministerin für Handel und Investment Pia Olsen Dyhr

Hearing: Zugang von EU-KMUs zu Finanzierung bei der Internationalsierung (Anmerkung: Hr. Mag. Erich Kühnelt / WKÖ wird am Panel vortragen)

EU Zollcode

Handelsbeziehungen EU-Russland nach dem WTO-Beitritt von Russland

Vorschlag für eine Entschließung zur Empfehlung der Kommission betreffend der Ratsentscheidung zur Eröffnung von Verhandlungen der EU mit Japan

<u>Abstimmungen:</u>

ACTA

Änderung der Verordnung des Rates (EC) 774/94 vom 29. März 1994 zur Eröffnung und Gewährleistung zur Verwaltung von bestimmten Gemeinschaftszollquoten für hochqualitäts-Rindfleisch, Schweinefleisch, Geflügel, Getreide und Mengkorn und Weizen

KMU: Wettbewerb und Geschäftsmöglichkeiten

Erstellung eines Partnerschaftsinstruments zur Kooperation mit Drittländern

20. Juni:	**Haushaltsausschuss**

Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020)

Innovative Finanzinstrumente im Zusammenhang mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen

„Horizont 2020“ – Das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation

Beteiligungsregeln und Vertretung „Horizont 2020“ – Ein Rahmen für Programme von Forschung und Innovation (2014-2020)

Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2014 - 2018) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“

Programme für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (2014 – 2020)

Das EU-Programm „ERASMUS FÜR ALLE“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

20./21. Juni:	**Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz**

Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen

Alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (Richtlinie über alternative Streitbeilegung)

Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten (Verordnung über Online-Streitbeilegung)

Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und freier Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung)

Verbraucherprogramm 2014-2020

Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“) - Prüfung des Trilog-Ergebnisses

Europäische Normung - Prüfung des Trilog-Ergebnisses

Vollendung des digitalen Binnenmarkts

20./21. Juni:	**Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten**

Das Programm der Europäischen Union für sozialen Wandel und soziale Innovation

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Möglichkeiten

Beschäftigungspolitische Aspekte der Verringerung der Verwaltungslasten für KMU

Der Europäische Sozialfonds und die Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006

Initiative für soziales Unternehmertum – Schaffung eines „Ökosystems“ zur Förderung der Sozialunternehmen als Schlüsselakteure der Sozialwirtschaft und der sozialen Innovation

Das Programm der Europäischen Union für sozialen Wandel und soziale Innovation

Inhaltsverzeichnis

22. Juni:	**Wirtschaft und Finanzen**

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Sanierung und Rettung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (erste Lesung) - Erläuterungen der Kommission

Energiesteuer-Richtlinie - Orientierungsaussprache

Finanztransaktionssteuer

(ggf.) Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)

(ggf.) Bericht der Finanzminister zu Steuerfragen im Rahmen des Euro-Plus-Pakts - Billigung

Europäisches Semester

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (im engeren Rahmen)

22. Juni:	**Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz**

Gesetzgebungsinitiativen für die Entsendung von Arbeitnehmern

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) (20. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (erste Lesung)

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung - Fortschrittsbericht

Erhöhung der Beteiligung aller Bürger am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben als Antwort auf die demografischen Herausforderungen - Annahme von Schlussfolgerungen des Rates

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm "Gesundheit für Wachstum", das dritte mehrjährige EU-Aktionsprogramm im Bereich der Gesundheit, für den Zeitraum 2014-2020 (erste Lesung)
- Partielle allgemeine Ausrichtung

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle kommender Woche

21. Juni:

Urteil – Pressemitteilung in der Rechtssache C-15/11 (Sommer) - Zugang ausländischer Studenten zum heimischen Arbeitsmarkt

Vorabentscheidung des österreichischen Verwaltungsgerichtshofs - Beitritt neuer Mitgliedstaaten – Übergangszeitraum für Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt – Bulgarien - Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst – Stillhalteklausel – Grundsatz des Vorrangs der Unionsbürger – Zulässigkeit einer Regelung eines Mitgliedstaats, die die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung für bulgarische Staatsangehörige von einer systematischen Prüfung der Arbeitsmarktlage abhängig macht

Urteil – Pressemitteilung in der Rechtssache C-78/11 (ANGED) - Urlaubsansprüche bei während des Urlaubs eintretender vorübergehender Arbeitsunfähigkeit

Vorabentscheidung – Arbeitszeit-Richtlinie – Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub - Vorübergehende Arbeitsunfähigkeit während des Urlaubs - Spätere Nachholung des Urlaubs - Eintreten der Arbeitsunfähigkeit während des Urlaubs

Inhaltsverzeichnis